



# concret

Sozialdemokratische Partei  
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica  
Chantun Grischun

Partito Socialista  
Cantone dei Grigioni



## Fortschrittliches Berggebiet!

Hanna Bay, Jon Pult, Silva Semadeni, Andreas Thöny und Beatrice Baselgia.

© Foto: Olivia Item/Die Südostschweiz

### Für ein fortschrittliches Berggebiet!

Von Jon Pult

Zu viele selbsternannte Berggebietsvertreter setzen in ihrer Politik auf altbackenes Gejammer, ewiggestrige Ansätze à la Olympia und Zweitwohnungsbau oder profilieren sich mit plumper Subventionsmentalität. Als SP haben wir den Mut zur Alternative. Wir wollen ein anderes, ein fortschrittliches Berggebiet! Den Mut, wenn nötig gegen den Strom zu schwimmen, haben wir bewiesen. Wir besiegten den Olympia-Gigan-

### Inhalt

Basiskampagne!	3
Ja zur Erbschaftssteuer	4
Ja zu sauberem Strom!	6
Ja zur Stipendieninitiative	7
Ja zum Radio und Fernsehgesetz	8
Ja zur Präimplantationsdiagnostik	9
Aus dem Grossen Rat	11
Kandidatur gegen das Berggebiet	12
Lohngleichheit – Quo Vadis?	13
JUSO	14
Leute: Simon Suter	15
Letzte Seite	16



# Nationalratswahlen 18. Oktober

tismus. Wir zwangen Repower zur kohlefreien Zukunft. Wir erkämpften den Stopp beim Zweitwohnungsbau und brachten den Atomausstieg und die Energiewende mit auf den Weg. Mit Mut ziehen wir auch in die Nationalratswahlen. Beim Erarbeiten unserer Wahlplattform haben wir nicht gefragt, was besonders populär ist. Wir haben gefragt, was für ein gleichermassen prosperierendes, soziales und ökologisches Berggebiet besonders wichtig ist. Mit diesem Ziel vor Augen haben unsere Delegierten am Parteitag vom 18. April in Maienfeld folgende zehn Projekte für eine fortschrittliche Berggebietspolitik diskutiert und verabschiedet:

1. Bilaterale retten und sachlich über Europa reden: Für das Land und besonders für das Berggebiet sind stabile und faire Verhältnisse mit der EU überlebenswichtig.
2. Franken-Fehlentscheid korrigieren: Der überbewertete Franken gefährdet viele Arbeitsplätze, gerade im alpinen Tourismus. Darum braucht es wieder einen fairen Wechselkurs.
3. Wirtschaftsreformen statt Zuwanderungsbürokratie: Eine Senkung der Einwanderung soll nicht mit berggebietsfeindlichen Kontingenten sondern mit einer besseren Arbeitsmarktintegration der bereits hier lebenden erreicht werden.
4. Mit der Energiewende Wasserkraft, Solarenergie und Bauwirtschaft stärken: Ein rascher Atomausstieg gibt unserer Wasserkraft und der Solarenergie neuen Schub.
5. Volle Hotels statt kalte Betten för-

dern: Finanzierungshilfen für innovative Betriebe und eine professionelle Buchungsplattform sind konkrete Hilfen für unseren Tourismus.

6. Mit Marktöffnung und Qualitätsoffensive Perspektiven für die Landwirtschaft schaffen: Mehr Ökologie und mehr Markt stärken eine zukunftsgerichtete Berglandwirtschaft.

7. Natur und Landschaft für die Zukunft schützen: Intakte Naturräume und gepflegte Kulturlandschaften müssen als Juwelen unseres Berggebiets für die kommenden Generationen erhalten werden.

8. Verlagerung umsetzen statt LKW-Schleusen öffnen: Die Ziele des Alpenschutzartikels müssen nach der Eröffnung der NEAT endlich umgesetzt werden.

9. Zusammenhalt der Sprachen und Kulturen stärken: Eine nationale Aufgabe, die dem Berggebiet besonders nützt.

10. Eine aktive Rolle in der internationalen Berggebietspolitik spielen: Für uns hört fortschrittliche Berggebietspolitik weder an den Kantons- noch an den Landesgrenzen auf.

Nach der Nomination unserer Nationalratsliste im Januar und der Verabschiedung unsere Wahlplattform im April bereiten wir momentan unsere Basiskampagne für den Wahlherbst vor. Zusammen mit vielen Freiwilligen wollen wir direkt mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern über unsere Politik sprechen. Damit das fortschrittliche Graubünden in Bern noch stärker wird!



Jon Pult, Präsident SP  
Graubünden & National-  
ratskandidat, Chur

Die Wahlplattform  
kann unter  
**[www.sp-gr.ch/wahlen](http://www.sp-gr.ch/wahlen)**  
heruntergeladen werden.

# Nationalratswahlen 18. Oktober



Tamara Gianera,  
Campaignerin, Chur

## **Nationalratswahlen: Basiskampagne!**

Von Tamara Gianera

Am 18. Oktober entscheidet sich, welche Mehrheiten unser Land lenken werden. Die national-konservativen Kräfte wollen die Schweiz abschotten und stellen die Menschenrechte in Frage. Wir hingegen wollen eine weltoffene, eine gerechte und eine solidarische Schweiz.

Unseren fünf Nationalratskandidatinnen und -kandidaten stehen anstrengende Monate bevor, in denen sie ihr Bestes geben werden, um so viele Stimmen wie möglich für sich und die SP zu gewinnen. Doch sie sollen nicht allein sein. Wir alle wollen sie im Wahlkampf tatkräftig unterstützen.

Um erfolgreich zu sein, reicht es aber nicht, wenn nur unsere treuen WählerInnen an die Urne gehen. Wir müssen möglichst viele NEUE WählerInnen dazugewinnen.

Mit den gewöhnlichen Kampagnenelementen werden wir dieses Ziel aber nicht erreichen. Unsere bescheidenen finanziellen Mittel lassen keine grossflächigen Plakat- und Inseratekampagnen zu und auch über die Medien lassen sich unsere Themen und Positionen, seien sie noch so gut, nicht vermitteln. Wir haben keine Zürcher MilliardärInnen – aber wir haben euch! Ihr seid die Basis der Sozialdemokratischen Partei und gemeinsam wollen wir beweisen, dass Menschen über die Politik bestimmen, nicht Geld. Wie soll das funktionieren? Ein paar helle Köpfe in

der SP haben sich darüber Gedanken gemacht und sind zu einem eigentlich ganz simplen Schluss gekommen. Man kann die Wahlberechtigten grob in vier Gruppen einteilen: SP-freundliche Wähler, SP-kritische Wähler, SP-kritische Nicht-Wähler und SP-freundliche Nicht-Wähler. Wollen wir neue WählerInnen gewinnen, so müssen wir uns vor allem auf die Gruppe konzentrieren, die zwar SP-freundlich ist, aber nicht an die Urne geht. Die Chance, dass wir jemand der SP nahe Stehenden überzeugen können, SP zu wählen, ist sehr gross. Einen eingefleischten bürgerlichen Wähler werden wir hingegen nie dazu bringen.

## **Das Ziel ist also: SP-freundliche Nicht-Wähler zum Wählen zu bewegen.**

Die SP wird schweizweit eine gezielte Mobilisierungskampagne mit Telefonaktionen durchführen, in der die Parteibasis eine wesentliche Rolle spielt. Eine Neuheit in der Schweizer Politik! Wir wollen diese Menschen direkt ansprechen, im wahrsten Sinne des Wortes. Wir wollen zusammen mit euch Freiwilligen aus der Basis diese Menschen anrufen, persönlich mit ihnen sprechen und sie überzeugen, unsere fünf SP-KandidatInnen zu wählen.

Wie das Ganze konkret funktioniert und wie ihr euch einbringen und engagieren könnt werdet ihr frühzeitig erfahren. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit euch!



## Eidg. Abstimmung vom ...

### JA zur Erbschaftssteuerinitiative

#### Ungleichheit reduzieren – AHV stärken!

Von Conradin Caviezel

Die Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» fordert, dass Erbschaften und Schenkungen von über 2 Millionen Franken neu mit 20% besteuert werden. Diese Einnahmen sollen zu zwei Dritteln der AHV und zu einem Drittel den Kantonen zukommen. Gehört zum Erbe oder zur Schenkung ein Unternehmen oder ein Landwirtschaftsbetrieb, werden erhebliche Erleichterungen gewährt, um deren Bestand und die Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Die Problemstellung, die der Initiative zugrunde liegt, präsentiert sich klar und übersichtlich: Die Schweizer Bevölkerung wird immer älter und dementsprechend braucht die AHV mittel- und langfristig neue, zusätzliche Einnahmen. Andererseits wächst die Ungleichheit zwischen Arm und Reich unaufhörlich weiter. Gemäss einer Untersuchung der Credit Suisse haben in der Schweiz die reichsten 1% bereits mehr Vermögen als die restlichen 99%.

Die Initiative geht beide Probleme an, indem die Reichsten mit einer Erbschaftssteuer einen Beitrag an die langfristige Stabilisierung der AHV leisten. Das Konzept der Erbschaftssteuer ist nicht neu und der vorgeschlagene Steuersatz von 20% ist sehr moderat. Andere Länder kennen deutlich höher Steuersätze (z.B. Deutschland 30%, Frankreich

und Grossbritannien 40%). In den USA gab es im 20. Jahrhundert sogar Perioden, als der Steuersatz für sehr hohe Erbschaften 70% betrug. Die Amerikaner zogen jahrzehntelang hohe Erbschaftssteuern ein. Diese Steuer entspricht dem amerikanischen und liberalen Ideal, gemäss dem Fleiss sowie Geschick und nicht die Herkunft für den wirtschaftlichen Erfolg entscheidend sein sollten. Erst mit dem Aufkommen der neoliberalen Ideologie in den 80er-Jahren, wurden die Steuersätze drastisch reduziert.

Obschon in Europa immer deutlich mehr «altes Geld» vorhanden war als in den USA und wir eine lange Tradition des Feudalismus kennen, beruht auch unsere heutige Gesellschaftsordnung in hohem Masse darauf, dass die Menschen gleiche Startmöglichkeiten haben sollen. In diesem Sinne ist die Erbschaftssteuer eine der sinnvollsten und liberalsten Steuern, die es gibt. Es wird nicht die geleistete Arbeit, nicht der Konsum und nicht der Unternehmensgewinn besteuert, sondern eigentlich nur das «Glück in der richtigen Familie» geboren zu sein. Es ist volkswirtschaftlich nicht erstrebenswert Arbeit und Konsum zu stark zu belasten. Diese Steuern hemmen tendenziell – vor allem bei der Unter- und Mittelschicht – das Wirtschaftswachstum. Bei Steuern auf Erträge, für die man nichts geleistet hat, ist dem hingegen nicht so. Dort hat eine Steuer kaum negative Nebeneffekte. So stört sich in Graubünden auch kaum jemand



Conradin Caviezel,  
Grossrat, Chur

Der Parteitag der SP  
Graubünden fasste einstimmig die **JA-Parole**.

## ... 14. Juni 2015



daran, dass grosse Lottogewinne mit rund einem Drittel versteuert werden. Man muss sich ernsthaft die Frage stellen, wo denn der Unterschied ist, zwischen einem grossen Gewinn im Lotto und dem Umstand in die «richtige Familie» hineingeboren zu sein. In beiden Fällen spielt der Zufall und nicht das eigene Geschick oder der eigene Einsatz die entscheidende Rolle.

Die Alternative ist einfach: Wir besteuern die Arbeit oder den Konsum stärker, um unsere AHV langfristig zu finanzieren. Die Vorschläge des Bundesrats für die Sanierung der Vorsorgeeinrichtungen sind nämlich bereits auf dem Tisch. Eine deutliche Erhöhung der MwSt. ist zurzeit vorgesehen. Fraglos, dass diese Finanzierungsform viel ungerechter (Steuer ist nicht progressiv) und viel weniger effizient (hemmende Wirkung auf Konsum) wäre.

Die kommende Abstimmung ist daher mehr denn je eine Frage zweier unterschiedlicher Konzepte. Entweder steuern die aller Reichsten einen kleinen zusätzlichen Beitrag an die AHV bei, oder aber die Lücke muss von der Allgemeinheit getragen werden. Im Lichte der steigenden Ungleichheit sollte die Antwort relativ klar sein. Ehrlicherweise muss man aber sagen, dass die Erbschaftssteuer die Problematik der steigenden Ungleichheit in der Vermögensverteilung nur etwas lindern, aber nicht lösen würde. Solange das Kapitaleinkommen stärker

wächst als das Arbeitseinkommen, wird die Ungleichheit weiter zunehmen. Die Initiative wäre aber auf jeden Fall ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Die Linke hat in den letzten Jahren viele wirtschaftspolitische Initiativen lanciert und leider auch verloren. Alle diese Anliegen waren wichtig und richtig. Aber keine war volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch so überzeugend wie die Erbschaftssteuerinitiative. Die Erbschaftssteuer ist ein urliberales Anliegen, das in vielen Ländern bereits erprobt und umgesetzt ist. Die Initiative wirkt der Konzentration der Vermögen entgegen und leistet einen Beitrag an die wichtigste Vorsorgeeinrichtung der Schweiz, die diese Mehreinnahmen in den nächsten Jahrzehnten dringend benötigt.

In diesem Sinne ist es zentral, dass sich alle progressiven, sozialen und liberalen Kräfte mit vollem Engagement für ein JA am 14. Juni einsetzen.



# Kantonale Abstimmung vom 14. Juni 2015

## **JA zu sauberem Strom ohne Kohle!**

Von Andreas Thöny

Endlich: Ein düsteres Kapitel der Bündner Energiepolitik kann bald abgeschlossen werden: Die Investitionen in Kohlekraftwerke. Das Bekenntnis zu einer kompromisslosen, kohlekraftfreien Energieproduktion soll in die Kantonsverfassung. Was am 22. September 2013 an der Urne hauchdünn angenommen wurde, soll am 14. Juni in Stein gemeisselt werden.

### **Rückblick**

Die Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» wurde vom Bündner Stimmvolk mit 56 Prozent angenommen. Allerdings noch deutlicher der Gegenvorschlag von Regierung und Grosse Rat mit 60 Prozent. Er verlangte, dass lediglich keine neuen Investitionen in Kohlekraftwerke getätigt werden sollen, sofern der CO<sub>2</sub>-Ausstoss nicht wesentlich reduziert werden könne. Die Stichfrage musste entscheiden. Hier fiel das Verdikt äusserst knapp zu Gunsten der Volksinitiative mit nur 137 Stimmen Unterschied aus.

### **Grosser Rat**

Die Regierung unterbreitete ein Jahr später dem Grossen Rat die geforderte Anpassung in der Kantonsverfassung mit dem neuen Artikel 83a. Der Grosse Rat empfiehlt die Annahme der Vorlage mit 93 zu 0 Stimmen bei 23 Enthaltungen. Für die meisten

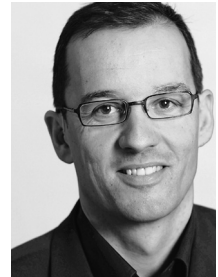
Grossratsmitglieder war klar, dass das Volk in der Sache entschieden hatte. Einzig die FDP-Fraktion tat sich schwer mit der unverdauten Niederlage. Aus ihren Reihen stammten denn auch die meisten Enthaltungen.

### **Bereits unterwegs**

Die Regierung zeigt auf, dass sie das Anliegen ernst nimmt und schon einiges in die Wege geleitet hat. So verabschiedete sie bereits zwei Monate nach der Abstimmung ihre Eignerstrategie für die Repower. Darin untersagt sie der Unternehmung die Beteiligung an Kohlekraftwerken. Und sie gibt dem Verwaltungsrat vor, den Ausstieg aus dem Kohlekraftwerkprojekt Saline Joniche zu vollziehen. Daraufhin beschloss dieser bis Ende 2015 aus dem Projekt auszusteigen. Die Regierung verspricht, dass sie keine neuen Beteiligungen an Gesellschaften mit Kohlekraftwerken eingehen werde. Sie verspricht weiter, dass sie bei bestehenden Beteiligungen je nach Beteiligungshöhe Einfluss auf Kohlekrafttätigkeiten nehmen werde.

### **Fazit**

Alle Anliegen der Initiative finden Eingang in den neuen Verfassungsartikel. Die Regierung und Repower haben bereits begonnen, die nötigen Massnahmen umzusetzen. Eigentlich sollte das Ja an der Urne reine Formsache sein. Dennoch sind Vorsicht und Einsatz angezeigt.



Andreas Thöny,  
Fraktionspräsident der  
SP im Grossen Rat &  
Nationalratskandidat,  
Landquart

Der Parteitag der SP  
Graubünden fasste einstimmig die **JA-Parole**.

# Eidg. Abstimmung vom 14. Juni 2015



Hanna Bay,  
Vize-Präsidentin JUSO  
Schweiz & Nationalrats-  
kandidatin, Schiers

Der Parteitag der SP  
Graubünden fasste mit  
grosser Mehrheit, bei  
einer NEIN-Stimme und  
einigen Enthaltungen, die  
**JA-Parole.**

## **JA zur Stipendieninitiative**

Von Hanna Bay

Die Initiative vom Schweizerischen Verband der Studierendenschaften (VSS) hat zum Ziel, dass das Stipendienwesen harmonisiert und somit zur Bundeskompetenz wird. Derzeit wird es kantonal geregelt. So entstehen zwischen den einzelnen Kantonen enorme Unterschiede. Beispielsweise beziehen im Kanton Zürich 0.3% der Bevölkerung durchschnittlich 3'800 Franken pro Semester, im Kanton Neuenburg werden an 1% der Bevölkerung durchschnittlich 1'200 Franken vergeben. Der Wert pro Kopf im Kanton Jura beträgt 87 Franken, im Kanton Schaffhausen sind es 17 Franken.

## **Bildung für alle!**

Wer aus einer Familie kommt, die über genügend Geld verfügt, um ihren Kindern die Ausbildung zu finanzieren, erhält kein Stipendium. Stipendien richten sich an jene, deren Familien zu wenig Einkommen haben, um ihren Lebensunterhalt zu unterstützen. Ohne Ausbildungsbeiträge vom Staat wäre es diesen jungen Menschen nicht möglich, ihre Ausbildung an einer höheren Fachschule, Fachhochschule, ETH oder Universität aufzunehmen und erfolgreich abzuschliessen. Der Zugang zu Bildung soll nicht vom Wohnort und/oder den finanziellen Möglichkeiten der Einzelpersonen und deren Familien abhängig sein, sondern allen offen stehen, die die entsprechenden Fä-

higkeiten mitbringen. Faire Stipendien sind ein unabdingbarer Bestandteil für die Chancengerechtigkeit!

## **Studienerfolg fördern!**

Bereits heute arbeiten über 75% der Studierenden, um ihre Ausbildung zu finanzieren. In zeitintensiven Ausbildungen (wie bspw. im Gesundheitsbereich) oder Fächern mit obligatorischen Praktiken aber auch in Vollzeitausbildungen an einer höheren Fachschule, ist es fast unmöglich nebenher zu arbeiten. Für viele ist dies ein Problem, da sie aufgrund ihrer Arbeitstätigkeit ihre Ausbildung nicht in der vorgesehenen Zeit beenden können. Dann erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass ein Studium abgebrochen wird und der Wirtschaft dringend benötigte Talente verloren gehen.

## **Initiative ist notwendig!**

Auf kantonalen Seite wurde das Stipendienkonkordat beschlossen, welches seit März 2013 in Kraft ist. Die Vorgaben des Konkordats sind aber nicht ausreichend, um die Chancengerechtigkeit effektiv zu erreichen. Das Konkordat gilt zudem nur für die Kantone, die beigetreten sind. Der indirekte Gegenvorschlag zur Stipendieninitiative wiederum regelt lediglich einige formale Vergabekriterien. Eine materielle Harmonisierung oder eine minimale Beitragshöhe sind nicht einmal ansatzweise aufgenommen.

# Wir bringen die Natur in Ihren Garten

Für Blumen, Schmetterlinge, Kinder und  
andere Menschen mit offenen Sinnen

Wir sind Spezialisten für Naturschutz und  
Landschaftspflege. Gerne kümmern wir uns auch  
um Ihren Garten; im ganzen Kanton Graubünden.

## Naturgartenbau und -pflege:

- ✓ **Blumenwiesen**
- ✓ **Weiher**
- ✓ **Trockenmauern**
- ✓ **Sträucher und Bäume schneiden und pflanzen**
- ✓ **Natürliche Wege und Plätze**
- ✓ **Zäune und Unterstände aus  
naturbelassenem Holz**



Pro Valladas heisst übersetzt „für die Talschaften“. Es ist  
mein persönliches Engagement

- ... für die heimische Natur
- ... für hiesige Arbeitsplätze
- ... als sozialer Unternehmer

Marcel Züger

Geschäftsführer, Biologe, Vorstandsmitglied SP Graubünden

**PRO VALLADAS – LEBENDIGE TALSCHAFTEN**, Veia Principala 12,  
7462 Salouf, 081 637 14 88, mail@pro-valladas.ch



# Eidg. Abstimmung vom 14. Juni 2015



Beatrice Baselgia,  
Gemeindepräsidentin  
Domat/Ems, Grossrätin &  
Nationalratskandidatin

Der Parteitag der SP  
Graubünden fasste die  
**JA-Parole** (zwei Enthaltungen).

## JA zum Radio- und Fernsehgesetz

Von Beatrice Baselgia

Das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen legt bisher fest, dass für jedes Gerät eine Empfangsgebühr zu bezahlen ist. Heute können wir Radio- und TV-Sendungen via Computer, Tablet oder Smartphone fast überall und immer empfangen und die Zahl der «Schwarzseher» wird immer grösser. Eine Gebühr ausschliesslich für Radio- und TV-Apparate ist deshalb nicht mehr zeitgemäss, weder für private Haushalte noch für Unternehmen. Deshalb wurde das Gesetz überarbeitet. Neu soll jeder Haushalt, egal ob dieser über ein oder mehrere Geräte verfügt, die gleiche Gebühr bezahlen. Damit entfallen aufwendige Kontrollen und unnötige Bürokratie mit Anmelde- und Abmeldeverfahren. Alle Haushalte werden von der Einwohnerbehörde erfasst, alle Haushalte müssen bezahlen und damit sinken die Gebühren für den einzelnen Haushalt.

Sowohl der National- als auch der Ständerat haben der Revision zugestimmt. Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) hat das Referendum ergriffen. Er wehrt sich dagegen, dass Unternehmen eine Gebühr für Radio und Fernsehen entrichten müssen. Der SGV verschweigt, dass Unternehmen bereits mit dem bisherigen Gesetz abgabepflichtig sind – viele davon aber wahrscheinlich keine Gebühr entrichten. Er verschweigt auch,

dass neu nur Unternehmen mit einem Umsatz von über 500 000 Franken gebührenpflichtig wären. Das heisst: 70% der Betriebe würden keine Gebühren bezahlen!

Die Produktion von Radio- und TV-Programmen ist ein wichtiger Teil des Service public und trägt wesentlich zu Bildung, Meinungsbildung, kultureller Vielfalt und Unterhaltung bei. Es handelt sich um eine in der Bundesverfassung festgelegte öffentliche Aufgabe, welche den Austausch zwischen Staat und BürgerInnen sicherstellen soll. Neben der SRG, welche ein unabhängiges Programmangebot für alle vier Landesteile produziert, werden auch rund 30 private Radio- und TV-Anbieter mit Gebührengeldern unterstützt.

Ein funktionierendes Gebührensystem ist für die mehrsprachige Schweiz von zentraler Bedeutung, da das kommerzielle Potenzial (Werbeeinnahmen) aufgrund der kleinen Märkte gering ist. Von 100 Gebührenfranken aus der Deutschschweiz gehen über 30 in die anderen Schweizer Sprachregionen. Ohne diese gelebte Solidarität könnten weder die französisch- noch die italienischsprachigen Radio- und TV-Sender im bisherigen Umfang Service public-Leistungen erbringen und der romanischsprachige Radio- und TV-Sender könnte überhaupt nicht mehr produzieren.

Deshalb JA zum neuen RTVG!



# Eidg. Abstimmung vom 14. Juni 2015

## **JA zur Präimplantationsdiagnostik**

Von Silva Semadeni

### **PID vermeidet die Vererbung schwerer Krankheiten**

Präimplantationsdiagnostik (PID), das ist die genetische Analyse der Embryonen in Zusammenhang mit einer künstlichen Befruchtung. Sie hilft, den Kinderwunsch jener Paare zu erfüllen, die wegen Unfruchtbarkeit keine Kinder bekommen können oder die bei der natürlichen Fortpflanzung mit der Übertragung einer schweren Krankheit rechnen müssen. Diese Paare können schon heute auf die künstliche Befruchtung zurückgreifen. Die Ärzteschaft darf dabei aber nur so viele menschliche Eizellen ausserhalb des Körpers der Frau entwickeln, wie sie ihr sofort einpflanzen. Aus medizinischen Gründen ist die Zahl damit faktisch auf drei beschränkt. Dies kommt einem Verbot der PID gleich. In anderen europäischen Ländern sind die Regeln weniger streng.

### **Embryonen nach Krankheiten untersuchen**

Die Verfassungsänderung wird neu die Befruchtung mehrerer Embryonen ermöglichen, nämlich so viele als für die medizinisch unterstützte Fortpflanzung notwendig sind. Damit kein Kommerz entsteht, beschränkt das vom Parlament bereits beschlossene Ausführungsgesetz diese Zahl auf höchstens zwölf. Dadurch ist die genetische Analyse (PID) der künstlich befruchteten Embryonen

möglich. Sie werden auf schwere Krankheiten untersucht und die lebensfähigen in der Gebärmutter der Frau eingepflanzt. Die übrigen befruchteten Embryonen dürfen für einen eventuell notwendigen zweiten Eingriff eingefroren und aufbewahrt werden. Die PID verbessert so die Erfolgchancen für die betroffenen Paare und vermindert das Mehrlingsrisiko wie auch das später Abtreiben. Dies reduziert auch die Risiken für Mutter und Kind. Gleichzeitig stellen sich mit der PID aber auch heikle ethische Fragen. Behindertenverbände befürchten beispielsweise, dass diese dazu verleitet, über den Lebenswert von Menschen mit Behinderung zu urteilen und Behinderte zu diskriminieren. Deshalb ist der eng definierte Rahmen nötig.

### **Ja zur Verfassungsänderung**

Die konkrete Anwendung erfolgt im umstrittenen Gesetz. Sollte das Volk am 14. Juni Ja sagen zur Verfassungsänderung, beginnt die Referendumsfrist für das Ausführungsgesetz. Die Behindertenverbände halten eine moderate PID-Zulassung für richtig und haben deshalb die Ja-Parole zur Änderung der Verfassungsbestimmung beschlossen. Der Parteitag der SP Graubünden befürwortet ebenfalls klar die Verfassungsänderung. Die SP Schweiz hat hingegen äusserst knapp Stimmfreigabe beschlossen.



Silva Semadeni,  
Nationalrätin, Chur

Der Parteitag der SP Graubünden fasste, mit einer Nein-Stimme und zahlreichen Enthaltungen, die **JA-Parole**.



Christina Bucher-Brini,  
Grossrätin, Chur

## Hausärztemangel und das Projekt «Capricorn»

Von Christina Bucher-Brini

Der Mangel an Hausärztinnen und -ärzten nimmt stetig zu. Bei steigendem Betreuungsaufwand steht eine hausärztliche Unterversorgung unmittelbar bevor. Davon sind alle Regionen der Schweiz betroffen, insbesondere aber ländliche Gebiete. Schweizweit fehlen rund 300 neue Hausärzte, damit die bestehenden Hausarztpraxen überhaupt erhalten bleiben. Das Durchschnittsalter eines praktizierenden Hausarztes beträgt heute rund 58 Jahre. In fünf bis zehn Jahren wäre die Grundversorgung durch Hausärztinnen oder -ärzte also nicht mehr gesichert. Es besteht dringender Handlungsbedarf!

## Was sind die Gründe des Mangels?

Der hausärztliche Beruf wird zunehmend unattraktiv. Drei Faktoren sind entscheidend: Lange Arbeits- und Präsenzzeiten, steigende Administration, geringerer Verdienst im Vergleich zu den Spezialärzten.

Gerade die Präsenzzeiten sind immens hoch. Eine Hausarztpraxis kann sich nicht nach üblichen Bürozeiten richten, denn auch der Notfalldienst in der Nacht sowie an den Wochenenden muss gewährleistet sein. Zusätzlich benötigen Hausärztinnen und -ärzte eine breite Ausbildung und tragen speziell grosse Verantwortung, insbesondere in abgelegenen Regionen.

## Was ist zu tun?

In erster Linie müssen wir die Ausbildung von GeneralistInnen stärken. Zusätzlich muss der Hausarztberuf attraktiver gestaltet werden. Dazu gehört eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Regionalspitälern. Sie regelt den Notfalldienst nachts und an den Wochenenden besser und entlastet die Hausärzte oder -ärztinnen von langen Arbeitszeiten. Überprüfenswert sind auch Kooperationen mit bestehenden Gesundheitszentren in den Regionen sowie die Anpassung des Finanzierungssystems Tarmed (Tarif für ambulante, ärztliche Leistungen in der Schweiz).

Die Verantwortung für die ambulante medizinische Versorgung in Graubünden liegt auch beim Kanton. Und sie beginnt bereits bei der Weiterbildung der Assistenzärztinnen und -ärzte. 2009 hat die Regierung das Projekt «Capricorn» zur Schaffung von Assistenzarztstellen in Grundversorgerpraxen mit vier Praktikumsplätzen beschlossen. Infolge hoher Nachfrage wurde das Programm im 2014 auf sechs Praktikumsplätze aufgestockt. Die Praktikumsplätze für das Jahr 2015 waren jedoch gleich ausgebucht, zusätzliche 240 Stellenprozent wurden abgelehnt. Ich reichte deshalb in der Dezembersession einen Auftrag ein mit dem Ziel, das «Capricorn»-Angebot zu erweitern und die Limitierung der unterstützten Plätze per 1.1.2015 aufzuheben. Der Vorstoss wurde in der Aprilsession 15 erfolgreich überwiesen.



# Nationalratswahlen 18. Oktober

## Kommentar zur Kandidatur von Magdalena Martullo- Blocher

Von Jon Pult

### Kandidatur gegen das Berggebiet!\*

Seit Magdalena Martullo-Blocher angekündigt hat, in Graubünden auf einer SVP-Liste für den Nationalrat zu kandidieren, diskutieren die Schweizer Medien über diese sonderbare Kandidatur. Eine Zürcher Goldküsten-Milliardärin mit dem Ruf als kalte Managerin angelsächsischen Zuschnitts, die in Interviews Chinas Parteidiktatur lobt und die europäische Demokratie kritisiert, will die Bevölkerung Graubündens in Bern vertreten. Darf sie das überhaupt? Und wird sie am Schluss gewählt? Ja, sie darf. Und nein, ihre Chancen sind gering.

Diese oft gestellten Fragen sind letztlich aber uninteressant. Wichtiger ist eine Auseinandersetzung mit der Politik der Kandidatin. Das Martullo-Blocher-Programm scheint klar: Weniger Staat, Ausstieg aus dem Atomausstieg, Isolation in Europa. Liegen diese Ziele der Zürcher SVP im Interesse Graubündens?

Weniger Staat bedeutet weniger Service Public. Und weniger Service Public bedeutet das Abhängen der Berggebiete von der Mittellandschweiz. Martullos Angriff auf staatliche Leistungen widerspricht darum den Bündner Interessen diametral. Der Ausstieg aus dem Atomausstieg bedeutet die Weiterführung der faktischen Atomstrom-Subventionierung

zum Schaden der bündnerischen Wasserkraft. Und er bedeutet das Abwürgen der Entwicklungschancen der Sonnenenergie im Berggebiet. Martullos Nein zur Energiewende widerspricht darum ebenfalls den Interessen des Berggebiets.

Die von der SVP gewollte Isolation der Schweiz in Europa ist schliesslich das Allerschädlichste für die Prosperität des Landes, aber insbesondere des Tourismuskantons Graubünden. Die europäische Vernetzung – und nicht die Isolation – war und ist der Schlüssel unserer wirtschaftlichen Stärke. Die gegenteilige Erzählung mag heute populär sein, falsch ist sie trotzdem. Auch hier politisiert Martullo-Blocher gegen das Gesamtinteresse Graubündens.

Eine Wahl von Magdalena Martullo-Blocher wäre nicht wegen ihres Wohnorts, nicht wegen ihres Vaters, nicht wegen ihres Stils und nicht einmal wegen ihrer mangelnden Verankerung in Romanisch- und Italienischbünden schlecht für Graubünden. Ihre Wahl wäre wegen ihrer Politik schlecht für Graubünden! Denn diese ist letztlich gegen das Berggebiet gerichtet.



Jon Pult, Präsident SP  
Graubünden & National-  
ratskandidat, Chur

\* Dieser Text ist als Gastbeitrag im «Zeitungsverband Nordwestschweiz» am 24. April 2015 erschienen. Der Zeitungsverband besteht aus: Aargauer Zeitung, Badener Tagblatt, Zofinger Tagblatt, Solothurner Zeitung, Oltnen Tagblatt, Grenchner Tagblatt, Basellandschaftliche Zeitung, bz Basel und Limmattaler Zeitung (Bezirk Dietikon/ZH).

# Lohngleichheit – Quo Vadis?



Thomas Hensel,  
Vize-Präsident SP Chur  
& Gewerkschaftssekretär  
beim VPOD, Chur

## **Berufsauftrag Kindergärtnerinnen Stadt Chur**

Von Thomas Hensel, Chur

Neben dem Turm zu Vals hat auch der Churer Berufsauftrag für die Kindergärtnerinnen zu reden gegeben. Dass dabei der Gemeinderat den Berufsauftrag nur zur Kenntnis nahm, ist formal richtig. Richtig und gut ist auch, dass die Schuldirektion den Berufsauftrag angepackt hat. Was jedoch fehlt ist die Gleichwertigkeit mit den Lehrpersonen der Primarschule. Hier ist denn auch der Ärger der Kindergärtnerinnen berechtigt.

Türme werden auch im Kindergarten gebaut – nicht nur als Spiel. Dahinter steckt eine Lektionenplanung der Kindergartenlehrperson, welche hier Elemente der Statik, Vermittlung von Kulturtechniken, das Zusammenarbeiten und die Sprachintegration in stufengerechter Form mit einbaut. Aus dem nach wie vor wichtigen «Freien Spiel» hat sich der Beruf und die Ausbildung der Kindergartenlehrperson stark verändert. Individuelle Förderungen, heilpädagogische Abklärungen, Elternkontakte oder Berichte zur Einschulung gehören ebenfalls zum Berufsbild. Kindergarten tage sind «geleitete Tage», an welchen die Entwicklung der Kinder behutsam begleitet, aber auch gefördert wird.

Für die Kindergartenlehrpersonen gibt es diverse kritisierte Punkte. Beispielsweise die kantonale und

städtische Lohnreihe. So sieht das kantonale Schulgesetz für die Kindergartenlehrperson eine erste Lohnstufe von Fr. 60 000 (13 Löhne) und für Primar- wie Fachlehrpersonen eine solche von Fr. 72 000 vor. Diese Lohndifferenz muss grundsätzlich geklärt werden. Ein anderes Thema ist die fehlende Möglichkeit, eine 100%-Anstellung zu erhalten. Hierzu hält der Berufsauftrag fest: „Die Nettoarbeitszeit ALLER städtischer Angestellten errechnet sich aus der Bruttoarbeitszeit abzüglich der Ferien und der mit erhöhter Wochenarbeitszeit vorgeholten Freitage. Das heisst: eine Nettojahresarbeitszeit von 1944 Stunden. Für die Kindergartenstufe – auch städtische Angestellte – sind nur 1645 Stunden vorgesehen. Selbst bei der unterrichtsfreien Zeit (Schulferien) werden den LehrerInnen 196 Stunden und den Kindergartenlehrpersonen für diese 10 Wochen nur 163 Stunden gutgeschrieben. Doch bei beiden ist die unterrichtsfreie Zeit für die langfristige Unterrichtsplanung, persönliche Weiterbildung, Gestaltung und Entwicklung der Schule aufzuwenden (im Vernehmlassungstext waren auch die Lehrpersonen bei 162 Stunden).

Für die Kindergartenlehrpersonen diskriminierende Unterschiede sind zu beheben. In den Kantonen Zürich und Aargau laufen bereits entsprechende Lohndebatten. In Graubünden stehen die Gewerkschaft VPOD und der LEGR im Kontakt um gemeinsam mit den Kindergartenlehrpersonen vorwärts zu schauen.



# JUSO

## Rück- und Ausblick

Von Pascal Pajic

Am 14. und 15. März versammelte sich die JUSO Graubünden zu der jährlichen Generalversammlung, dieses Mal in Feldis. Gemeinsam blickten sie auf das vergangene Jahr zurück: auf die zeitintensiven Abstimmungskämpfe, auf das von der JUSO organisierte Podium zum Thema «Frauen in der Politik?», auf den engagierten JUSO-Grossratswahlkampf, wo die JUSO ihre Ideen für Graubünden vorstellte und auf die zahlreichen Versammlungen und Aktionen. Innerhalb der JUSO Schweiz war die JUSO GR auch sehr aktiv. Wir sind mit Hanna Bay nicht nur in der Geschäftsleitung der JUSO CH, wir waren an den Versammlungen auch sehr aktiv und reichten für das nationale Projekt 2015 ein eigenes, solides Projekt ein.

Zudem gab es aufgrund der Rücktritte von Meret Barfuss (Chur), Gina Hitz (Jenins) und Benjamin Seifert (Chur), welche mehrere Jahre im Vorstand wirkten, drei Vorstandssitze neu zu besetzen. Neu gewählt wurden Kevin Karst (Chur), Fabian Camenisch (Chur) und Stephan Michel (Bonaduz). Die bisherigen Vorstandsmitglieder Dominik Huber und Michele Capelli wurden beide wiedergewählt. Weiterhin folgte die Generalversammlung dem Vorschlag des Vorstands, aus dem Einzelpräsidium ein Co-Präsidium zu machen. Ewa Bender – bisherige Vizepräsidentin der JUSO GR

– wurde zusammen mit Pascal Pajic, welcher bis anhin Präsident der JUSO GR war, ins Co-Präsidium der JUSO Graubünden gewählt.

An der Nominationsversammlung beschloss die JUSO Graubünden mit Flurina Bezzola, Deborah Weber, Pascal Pajic, Dominik Huber und Fabian Camenisch ins Rennen zu steigen. Flurina Bezzola wurde als Spitzenkandidatin auf den ersten, Deborah Weber auf den zweiten, Pascal Pajic auf den dritten, Dominik Huber auf den vierten und Fabian Camenisch auf den fünften Listenplatz gewählt. Mit diesem starken Fünferpaket zeigt die JUSO nicht nur, dass es eine Alternative braucht, sondern dass sie die Alternative sind. Die JUSO Graubünden ist überzeugt, fünf starke Persönlichkeiten mit dem Mut zur politischen Alternative nominiert zu haben. Mut zur politischen Alternative heisst ein konsequentes Ablehnen des Rechtspopulismus und des Einheitsbreis der übrigen Parteien sowie unermüdlichen Einsatz für eine gerechtere Gesellschaft, eine offene Schweiz, eine gesunde Natur und ein starkes Graubünden.



Pascal Pajic,  
Co-Präsident JUSO GR &  
JUSO-Nationalrats-  
kandidat, Chur

# Leute: Simon Suter

Präsident SP Herrschaft/Fünf Dörfer



Simon Suter

Jahrgang: 1985

Wohnhaft in Landquart

Primarlehrperson, Musiker, Pizzakurier

## Politische Ämter:

Grossratsstellvertreter,  
GL der SP Graubünden,  
Präsident SP Herrschaft/  
Fünf Dörfer

**Concret: Simon, du bist seit etwas über einem Jahr Präsident unserer Sektion Herrschaft/Fünf Dörfer. Wie steht die Sektion da? Was möchtest du bewegen?**

Simon: Einerseits sind wir relativ mitgliederstark und haben auch das entsprechende WählerInnenpotenzial. Punkto Aktivismus läuft dafür nicht so viel. Das liegt vor allem daran, dass es bis anhin auf regionalpolitischer Ebene nicht so viele Möglichkeiten gab, sich einzubringen. Da geschieht mehr auf Gemeindeebene oder dann gleich kantonale. Mein Ziel ist also in erster Linie einen geregelten Sektionsbetrieb zu bewerkstelligen und über mehr Treffen den Austausch in der Sektion voranzutreiben.

**Concret: Du bist vielen ein Begriff als Juso-Urgestein. Fiel dir der Übertritt in die Mutterpartei schwer?**

Ich bin vor, warte mal, vor 12 Jahren in die Juso eingetreten und habe lange gewartet, mich auch in der Mutterpartei zu engagieren. Ich fand früher, die SP sei mir ein bisschen zu wenig links... Aber ich habe schon gemerkt dass ich langsam älter bin als alle anderen in der Juso. (Lacht.) Wichtiger ist jedoch, dass ich angefangen habe, mich für Lokalpolitik zu interessieren. Im Kleinräumigen ist die Juso weniger ein Player, dafür ging ich an die Gemeindeversammlungen in Landquart und habe in der Ortsgruppe der SP bei Vernehmlassungen mitgemacht. Ich habe einen geregelten Job und fühle mich wohl hier, das ist der richti-

ge Zeitpunkt, in der SP Verantwortung zu übernehmen.

**Concret: Und wie! Du bist neu im Parteivorstand und in der Geschäftsleitung. Ausserdem bist du Grossratsstellvertreter.**

Obwohl ich eher auf einem hinteren Stellvertreterplatz bin, bekomme ich dadurch sehr spannende Einblicke. Sei es in den Fraktionssitzungen oder in den vorseSSIONalen Treffen, woran alle VetreterInnen unseres Kreises teilnehmen. Als Lehrer ist mir die Bildungspolitik natürlich sehr wichtig, da bringe ich mich auch verstärkt auf kantonaler Ebene ein.

**Concret: Daneben bist du musikalisch unterwegs. Wie bist du auf die irische Folkmusik gestossen?**

Folkmusik hat mich schon immer interessiert, Folk ist eben politisch! Die amerikanischen Sänger des Folk Revivals in den Sixties haben viele irische Stücke gespielt: Über ihre Platten habe ich diesen ursprünglichen Sound entdeckt. Ich habe dann einen Musiker aus Nordirland kennen gelernt, ihn besucht, wir sind zusammen herumgereist, so bin ich in die irische Kultur eingetaucht. Seit drei Jahren trete ich nun mit meiner Kollegin Mirjam Saxer unter dem Namen «Balladeering Tinkers» auf. Wir sind schon fast eine Art Hausband der SP geworden.

## Parolen der SP GR zu den Abstimmungen vom 14. Juni 2015

### Eidg. Vorlagen:

Erbschaftssteuerinitiative	<b>JA</b>
Stipendieninitiative	<b>JA</b>
Radio-/Fernsehengesetz	<b>JA</b>
Präimplantationsdiagnostik	<b>JA</b>

### Kant. Vorlagen:

Verfassungsänderung («sauberer Strom»)	<b>JA</b>
---	-----------

### Rückblick

#### Delegiertenversammlung SP Schweiz: Starkes Zeichen für mehr Lohngleichheit!

Die SP wird nicht noch mal 34 Jahre zuschauen, bis die von Verfassung und Gesetz vorgeschriebene Lohngleichheit endlich realisiert wird. Die SP-Delegiertenversammlung sagte einstimmig Ja zum Massnahmenpapier, das in 13 Punkten aufzeigt, wie die Lohngleichheit umgesetzt werden kann. «Heute werden den Frauen Jahr für Jahr 7.7 Milliarden Franken geklaut, das ist ein Skandal», rief SP-Christian Levrat den über 200 Delegierten zu. Klartext sprach auch Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, als sie sagte, dass die Freiwilligkeit keine Ergebnisse gebracht habe. Die SP ist gleicher Meinung. Es ist deshalb höchste Zeit, dem Verfassungsgrundsatz «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» mit verbindlichen Massnahmen zum Durchbruch zu verhelfen.

### Ausblick SP-Sommeruni

Vom Donnerstag, 6. August 2015, bis Sonntag, 9. August 2015, findet die Sommeruni auf fast 2000 Meter über Meer im Grand Hôtel Chandolin in Chandolin (Wallis) statt. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Parteipräsident Christian Levrat sowie zahlreichen nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, werden wir über aktuelle Themen aus Gesellschaft und Politik diskutieren. Losgekoppelt vom politischen Tagesgeschäft gehen wir wichtigen Fragenstellungen nach, u.a.: Wie sehen unsere europapolitischen Perspektiven aus? Ist die Gleichstellung der Geschlechter heute erreicht? Neben inhaltlichen Workshops widmen wir uns auch Handwerklichem. Profis stellen neuste Kampagneninstrumente vor und üben mit euch, das Anliegen auf den Punkt zu bringen. Neben der Weiterbildung sollen auch Erholung und Austausch nicht zu kurz kommen. Es gibt geführte Wanderungen und an den Abenden gibt es Musik und Bar. Zudem wird eine Kinderbetreuung angeboten. Anmelden könnt ihr euch auf der Website der SP Schweiz ([www.sp-ps.ch](http://www.sp-ps.ch)).

### Impressum

Herausgeber:  
SP Graubünden  
Concret  
Postfach 561  
7001 Chur

2/2015 Mai

### www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch  
Telefon 081 284 91 00  
Fax 081 284 91 01  
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrer  
(Redaktionsleitung),  
Stefan Grass, Silvia Modalek,  
Andri Perl  
Versand: Peter Montigel,  
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer  
Druck: Spescha Luzzi  
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 3/2015:  
28. August 2015